

## **Palmer warnt Schweiz vor gefährlichem Pokerspiel**

### **Bundesverkehrsministerium soll Grenzgebiet entlasten**

(Schwarzwälder Bote 5. Mai 2002)

Kreis Waldshut. Das Nein der Verkehrskommission des Schweizerischen Nationalrats zum Staatsvertrag löste bei den Politikern im südbadischen Raum Betroffenheit aus. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Rehbock-Zureich lehnt eine Nachverhandlung ab, Landtagsabgeordneter Boris Palmer (Bündnisgrüne) fordert eine stärkere Entlastung des südbadischen Grenzgebiets durch Fluglärm.

"Es wird keine Nachverhandlungen geben", schreibt die SPD-Bundestagsabgeordnete Karin Rehbock-Zureich in einer Medienmitteilung. Die deutsche Position in dieser Frage sei eindeutig. Wenn der Staatsvertrag am 17. Mai im deutschen Bundestag auf der Tagesordnung stehe, so die Parlamentarierin, sei es wichtig, dass alle Fraktionen an einem Strang zögen, um die unnachgiebige Haltung gegenüber der Schweiz zu demonstrieren.

Über das Verhalten der Schweiz ist die SPD-Bundestagsabgeordnete maßlos enttäuscht. "Drei Jahre wurde hart verhandelt, bis ein Kompromiss erzielt wurde. Es wäre kein guter Umgang unter Nachbarn, wenn die zügige Ratifizierung des Staatsvertrags verweigert würde", so Karin Rehbock-Zureich. Wer auf Zeit spiele, handele auf Kosten der Fluglärm geplagten Menschen. "Dies werde ich nicht hinnehmen", zeigt sie sich kämpferisch.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Boris Palmer, kritisiert das Votum der Verkehrskommission des schweizerischen Bundesparlaments gegen den ausgehandelten Kompromiss als unverständlich. "Deutsches Gebiet bleibt auch nach dem Vertragsentwurf überproportional von den Belastungen des Flughafens betroffen", so Palmer.

"Die Schweizer pokern zu hoch", sagt Palmer weiter. Werde der Kompromiss von Schweizer Seite abgelehnt, dann sei Zeit für einseitige deutsche Regelungen, welche die Interessen der südbadischen Landkreise stärker berücksichtigten. Das deutsche Bundesverkehrsministerium, fordert Boris Palmer, müsse dann die Zahl der Flugbewegungen und Warteschleifen über deutschem Raum deutlich reduzieren. Die Verkehrskommission verkenne, so Palmer, dass der Vertrag keineswegs einseitig die Schweiz benachteilige, sondern aufgrund der hohen verbleibenden Belastungen im deutschen Grenzgebiet auf großen Widerstand stoße.

Von Markus Back (sb)